

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Niederschrift

Gremium:	Bauausschuss
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 03.02.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 20:21
Sitzungsort:	Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung

Vorsitzender

Ute Kühl
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Peter Jagolski

Bürgermeister/in

Herr Andreas Brohm

Mitglieder

Herr Gerd Bodenbinder

Herr Torsten Fettback

Herr Hans-Peter Gürnth

Herr Wolfgang März

Herr Ulf Osterwald ab TOP 3

Herr Dieter Pasiciel

sachkundige Einwohner

Frau Janet Gruber

Herr Friedrich Kersten

Frau Rosemarie Knopp

Ortsbürgermeister

Frau Rita Platte doppelt bis TOP 5

Protokollführer

Frau Ute Kühl

Mitarbeiter Verwaltung

Herr Erich Gruber

Abwesend:

Mitglieder

Herr Falk Mainzer

entschuldigt

Herr Detlef Radke

unentschuldigt

Ortsbürgermeister

Herr Dieter Bartoschewski

Frau Elke Behrens

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Frau Petra Fischer

Herr Lutz Herms

Herr Bertram Otto

Herr Hans-Jürgen Radtke

Herr Friedrich Riebold

Herr Gerd Schliephake

Herr Jürgen Schröder

Stefanie Schubert

Herr Klaus Spötter

Herr Hartmut Valentin

Herr Steffen Volkstedt

Herr Christian Warnke

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Bauausschusses der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 03.02.2016, 19:00 Uhr im Sitzungsraum des Rathauses, Bismarckstraße 5 in Tangerhütte.

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung
3. Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.11.2015
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 BV 325/2015
5. Antrag der Ortsbürgermeisterin von Grieben zum Beschluss einer Ab- BV 342/2015
rundungssatzung zur Schaffung von Baurecht
6. Besprechung Prioritätenliste Radwege
7. Information des Ausschussvorsitzenden
8. Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Jagolski eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß. Die Tagesordnung macht **Herr Jagolski** die Anmerkung, dass es hier einen Tippfehler gab. Statt BV 342/2015 muss es BV342/2016 heißen. Er bittet dies zu korrigieren. Die Ausschussmitglieder stellen fest, dass sie darüber schon informiert wurden. Die Tagesordnung wird festgestellt.

zu 3 Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.11.2015

Herr Osterwald nimmt ab jetzt an der Sitzung teil.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 18.11.2015 wird festgestellt.

**zu 4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016
Vorlage: BV 325/2015**

Herr Jagolski ruft den TOP auf und übergibt das Wort an **Herrn Brohm**. Dieser erläutert, dass es für den BA sinnvoll wäre sich über die Investitionen zu unterhalten. Bereits im September wurde im BA eine Liste vorgestellt, diese wurde jetzt priorisiert. Hierbei spielen Fördermittel und bauliche

Mängel eine Rolle. Jetzt wäre es wichtig zu wissen, ob der BA dieser Liste folgt oder noch andere Sachen einbringt.

Für **Herrn Jagolski** stellt sich die Frage nach den HKK. Er hält die Diskussion über den HH davor als wenig sinnvoll.

Herr Brohm wirft ein, dass die Investitionspauschale unabhängig vom HKK ist. Sie beträgt in diesem Jahr 592.000 € und man muss sich darüber unterhalten, wofür sie ausgegeben werden soll. Die Vorschläge der Verwaltung liegen vor. Vielleicht sehen die Ausschussmitglieder noch andere Sachen, die wichtig sind und gemacht werden müssen.

Herr März spricht das Kulturhaus und den dazu gefassten SR-Beschluss an. Es gibt aber auch die Festlegung, dass wenn Investitionen fließen sollen auch ein Nutzungskonzept vorliegen muss. Das liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vor und ohne diesem wird er auf keinen Fall einer Investition zustimmen nur um irgendwelchen Leuten hier ein Prestigeobjekt hinzusetzen.

Als Weiteres spricht er an, dass er nirgends eine Position gefunden hat für Reparaturen, die dringend ausgeführt werden müssen (Bsp. FW-Gerätehaus Uchtdorf, hat er schon im vorigen Jahr angesprochen). Das betrifft alle Ortschaften und dafür müsste es einen Fonds geben. Er erwartet, dass hier eine Lösung gefunden wird.

Herr Brohm antwortet, dass es wichtig ist, dass man zum HH nochmals in Klausuren geht um dort solche Probleme anzusprechen und zu klären. Man redet hier von 244 Objekten, die die Kommune zu betreuen hat. Deswegen geht man nach der Priorität Wenn etwas Unvorhersehbares passiert, dann hat der zuständige Mitarbeiter der Verwaltung ein festgelegtes Budget. Er guckt dann und sagt, das muss ich jetzt machen, das wollte ich machen, kann ich das schieben oder muss ich eine außerplanmäßige Ausgabe tätigen.

Frau Platte sagt, dass es vom Grundsatz her angedacht war, dass man HH-Klausuren durchführt. Der BM hat am 16.12.2015 den HH eingebracht und seitdem ist nichts passiert. Das muss keine besondere Arbeitsgruppe sein, es könnten auch Personen aus dem HA sein, aber in Klausurtaugung.

In den 5 Jahren der EG-Bildung ist in den Dörfern nichts passiert. Zuvor hatten alle eigene Investitionspauschalen über die die Ortschaften verfügen konnten. Jetzt geht vieles den Bach hinunter und das tut weh. Den Vorschlag von Herr März mit dem Fonds findet sie gut, auch um zu zeigen, dass man Geld im HH für wichtige Sachen der Ortschaften eingestellt hat. Das würde die Sache auch befrieden.

Herr Bodenbinder wirft ein, dass das nicht nur die Dörfer betrifft sondern auch Tangerhütte. Er ist auch der Meinung, dass man eine Art Instandhaltungsreserve für sofortige Sachen in den HH einstellen sollte. Wenn das für diesen HH nicht mehr klappt, sollte man sich aber für den nächsten darüber Gedanken machen.

Herr März hat eine Frage zur Eröffnungsbilanz. er möchte wissen, ob zu jedem Objekt auch eine verbale Beschreibung des Zustandes erfolgt. Nur die Erfassung eines finanziellen Wertes hält er für wenig sinnvoll.

Herr Brohm antwortet, dass an der Eröffnungsbilanz gearbeitet wird. Man hat sich zunächst alle Gebäude angeguckt und dann hat man sie bewertet. Als man die alte FW in Tangerhütte verkauft hat, hat man im HA die Blätter dafür vorgestellt. Die zuständige Kollegin war seinerzeit im HA und hat aufgezeigt, wie man bei der Bewertung vorgegangen ist. Ziel ist es am Ende des Jahres die Eröffnungsbilanz vorzustellen. Im Laufe der Sitzungsfolgen wird man schon bestimmte Gebäude exemplarisch vorstellen, damit auch die SR ein Gefühl dafür entwickeln, warum so bewertet wurde.

Frau Platte wirft ein, dass sie schon damals im HA den Antrag gestellt hatte, dass ihr ein paar Blätter zur Verfügung gestellt werden. Das ist bis heute nicht geschehen.

Auch **Herr Bodenbinder** möchte wissen, ob aus diesen Blättern zu ersehen ist, wie der Zustand des Gebäudes ist, welche Reparaturen notwendig sind usw..

Herr Brohm antwortet, dass das Ziel der Bewertung ist, dass sich beim Öffnen der Datei sofort erschließt, warum das so gemacht wurde. (Foto, Beschreibung des Gebäudes sind dabei)

Herr März, Frau Platte werden sich die Blätter ansehen.

Herr Jagolski weist darauf hin, dass man jetzt beim HH ist und fragt, ob es dazu noch Gesprächsbedarf gibt.

Herr Pasiciel sagt, dass er aus seiner Sicht in der derzeitigen Situation dem HH zugestimmt werden sollte. Die Hauptverantwortung liegt im beschließenden Ausschuss, dem HA und da war ja auch gesagt worden, dass noch eine Klausur stattfindet. Mit dieser Bedingung kann man hier im BA zustimmen.

Herr Brohm stellt fest, dass er am 16.12.2015 der HH in den SR eingebracht hat. Im Rahmen des HA wird man sich damit auseinandersetzen. Der 1. HA in diesem Jahr findet nächste Woche statt. Dann wird man auch im SR besprechen, wie weiter vorgegangen werden soll. Vorgesehen ist, dass am 02.03., 16.03. Arbeitskreise stattfinden und am 30.03.2016 ist dann wieder HA..

Er wird in der nächsten Woche im HA darstellen, wie man sich das HKK vorstellt (Lösungsansätze, Ziel). Im HKK muss man nachweisen, dass man innerhalb von 8 Jahren die Ausgaben selber erwirtschaften kann. Er glaubt, dass es einen Weg dahin gibt, dieser ist jedoch mutig.

Herr Jagolski stellt den **Antrag**, die Beschlussfassung zu **vertagen**. Das findet allgemeine Zustimmung.

Er lässt über seinen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja

vertagt

**zu 5 Antrag der Ortsbürgermeisterin von Grieben zum Beschluss einer Abrundungssatzung zur Schaffung von Baurecht
Vorlage: BV 342/2015**

Herr Jagolski ruft den TOP auf und übergibt das Wort an **Frau Platte** als Antragstellerin. Diese sagt, dass es nicht der Antrag der Ortsbürgermeisterin ist sondern des Ortschaftsrates. Sie findet es merkwürdig, dass solche BV durch die beaufsichtigenden Leiter abgezeichnet wird. Sie denkt, dass der BA-Leiter das gelesen hat. Die BV ist sehr unglücklich formuliert. Sie erläutert den Antrag des Ortschaftsrates anhand der Karte. Mit der beantragten Abrundungssatzung schafft man für das Gebiet Baurecht. Es braucht kein B-Plan gemacht werden, weil diese Grundstücke immer schon im Flächennutzungsplan als Baugebiet ausgewiesen waren. Der Flächennutzungsplan ist schon einige Jahre alt und heutzutage verlangt die Baugenehmigungsbehörde, dass man formal als SR einen Beschluss fasst, um solch eine Abrundungssatzung zu machen. Sie hat schon mit dem Bauordnungsamt Stendal gesprochen. Dort wurde gesagt, dass man dies problemlos so machen könne. Auch mit dem BM ist das abgesprochen. Er hat zugestimmt, dass das eine sinnvolle Maßnahme ist, um den jungen Leuten die in Grieben bauen wollen, das Bauen zu ermöglichen. Sie bittet um Zustimmung des Fachausschusses und bietet auch ihre Hilfe für die endgültige Formulierung an.

Herr Gruber hat ebenfalls mit dem Bauordnungsamt Rücksprache genommen. Es ist hier eine Satzung nach § 34 Abs. 4 des Baugesetzbuches und hier die Nummer 2 ist nicht eine Abrundungssatzung, die wär in Nummer 3, sondern eine normale Entwicklungssatzung, d. h. im Flächennutzungsplan der Ortschaft Grieben werden diese Flächen als Wohnbauflächen ausgewiesen. Dadurch kann man diese Flächen auch über eine Satzung regulieren. Er gibt der Ortsbgm.in für die rechte Sei-

te(von Tgh. aus gesehen) Recht. Für die linke Seite wäre aus seiner Sicht und Sicht des Bauordnungsamtes eine normale Bauleitplanung (B-planverfahren) angebracht. Man kann auch beide Satzungen in einer Abrundungssatzung und einer Entwicklungssatzung verbinden, wenn das auch etwas komplizierter ist. Auf alle Fälle muss man eine Öffentlichkeitsbeteiligung machen, die Träger öffentlicher Belange mit beteiligen. Den konkreten Umfang der Notwendigkeit und des Kostenumfanges kann er im Moment nicht abschätzen.

Frau Platte ergänzt, dass es sich bei der linken Seite um eine ehemalige Kleingartenanlage handelt. Diese ist der Kleinfeldanlage vorgelagert. Das ist der Vorschlag des Ortschaftsrates, steht aber nichtunbedingt zur Debatte. Wichtig wäre dem OR die rechte Seite. Der LK hat ihr definitiv gesagt, dass man eine Abrundungssatzung machen kann. Es gibt auch eine Mustersatzung für genau solchen Fall in Osterburg. Man hat ihr vor 6, 8 Wochen gesagt, dass es sich dann um Genehmigungsgebühren handelt und keine B-Plangebühren. Dass die Träger öffentlicher Belange beteiligen muss, ist ihr klar. Dort liegt Wasser, Strom usw. an und nicht wie ihr Herr Gruber gesagt hat, dass dort nichts anliegt.

Herr März möchte wissen um was für eine Größe es sich eigentlich handelt, das ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich.

Frau Platte antwortet, dass jedes Flurstück ca. 1500 m² groß sei. Die Fläche für die Abrundungssatzung wird festgelegt, in der Tiefe in der regulär die Häuser gebaut werden sollen (durch Striche angedeutet). Dahinter können noch Stallgebäude usw. errichtet werden.

Herr März hat wenig Verständnis für die gesamte Situation. Er hält so viel Bürokratie als nicht sinnvoll, da innerhalb der Ortschaft gebaut werden soll.

Herr Gruber erläutert, dass dieses Problem schon länger besteht. Es gab schon Bauanträge für dieses Gebiet. Diese wurden beim Bauordnungsamt angelehnt. Die Begründung war, wenn es eine Baulücke von mehr als 100 m gibt, zählt es nichtmehr als Lückenbebauung und damit ist eine Beplanung notwendig.

Frau Platte wirft ein, dass das bis zum Jahr 2000 nicht der Fall war. Mit dieser Abrundungssatzung soll Baurecht geschaffen werden.

Herr Gruber will sich mit Frau Platte noch einmal über die weitere Vorgehensweise verständigen.

Herr Jagolski stellt die **BV 342/2016**, die wie folgt lautet, zur Abstimmung:

Frau Platte verlässt die Sitzung.

einstimmig empfohlen Ja 7 Nein 0 Enth. 0

Die Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Grieben beantragt, nach Beschluss des Ortschaftsrates, der Stadtrat möge die Erstellung einer Abrundungssatzung zur Schaffung von Baurecht, für die in der Anlage ausgewiesenen Flächen in Grieben beschließen.

Das kann in Form einer Abrundungssatzung Satzung zur Festlegung der Grenzen zur Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils) geschehen.

Das Vorhaben betrifft die Flurstücke an der Chausseestraße in Grieben:

Flur 1 Flurstück 628/29

Flur 1 Flurstück 232, 114, 111, 29/38, 29/36, 29/29 (siehe Anlage)

Die Verwaltung möge beauftragt werden dazu die gültigen Formulierungen zu schaffen und die Satzung zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen.

zu 6 Besprechung Prioritätenliste Radwege

Herr Jagolski ruft den TOP auf und übergibt das Wort an **Herrn Brohm**. Dieser erläutert, dass man jetzt eine Prioritätenliste zum Radwegekonzept erstellt hat. Diese Liste stellt keine Wertung dar. Man hat nur erfasst (aus der Diskussion der letzten Sitzungsfolge), welche Wege man als wichtig erachtet. Es können auch noch andere aufgenommen werden.

Herr März versteht es so, dass dieses Konzept für einen längeren Zeitraum gelten soll und dass man auch in 2, 3 Jahren noch Wege aufnehmen kann, die man als wichtig erachtet. Aus seiner Sicht fehlt immer noch der Weg von Uchtdorf nach Burgstall. Es geht nicht unbedingt darum, dass er gebaut wird, aber er sollte zu mindestens mit aufgenommen werden.

Herr Jagolski sagt, dass man diesen Weg mit aufnehmen wird.

Herr Brohm erläutert nochmals die Notwendigkeit der Erstellung dieses Radwegekonzeptes und die verschiedenen Möglichkeiten der Beantragung/ Nutzung von Fördermitteln (Bund, Land, EU).

Herr März hat noch eine Frage zur Verbindung Tangerhütte – Mahlwinkel. Er möchte wissen, wem der Weg gehört.

Herr Gruber antwortet, dass die Strecke ca. 4,7 km lang ist. 1,5 km gehören der Stadt Tangerhütte, ein weiterer Teil ist Privateigentum und ein anderer Teil gehört Mahlwinkel. Bahneigentum ist nicht dabei.

Herr Jagolski stellt abschließend fest, dass der BA diese Prioritätenliste wohlwollend zur Kenntnis nimmt. Der Weg Uchtdorf – Burgstall wird mit aufgenommen.

zu 7 Information des Ausschussvorsitzenden

Herr Jagolski hat als Ausschussvorsitzender keine Informationen. Er übergibt das Wort an den Bürgermeister.

Herr Brohm informiert über:

Breitband – Zweckverband Altmark, Ziel Glasfaser bis ins Haus, Anschluss Ortschaften von Tangermünde bis Windberge, Lösung für Elbbereich wird gesucht

Brachflächenmanagement

Veräußerung kommunales Eigentum (Überblick im letzten SR)

Leader Management

Bundesmodellvorhaben Landaufschwung

Stark III – für Kita Grieben beantragen

Stark V – für Grundschule Grieben verwenden

Elberadeltag – 01.05.2016/ neue Schloss Tangerhütte zentraler Austragungsort

Tag der Industriekultur – 17.04.2016/ Bürgercafe ist geöffnet

04.02.2016 – Hochschule – Präsentation Hausarbeiten für Kulturhaus; 11. oder 12.02. 2016 sind vorgeschlagen für die Präsentation in Tangerhütte

zu 8 **Anfragen und Anregungen**

Herr Jagolski hat eine Frage zum Breitband. Er möchte wissen, ob es bekannt ist, ob beim neuen Windpark Lüderitz Glasfaserkabel verlegt wurde.

Herr Brohm wird diese Frage an den Zweckverband weiterleiten.

Weiter fragt **Herr Jagoldki** nach dem Förderprogramm Stark III +. Er möchte wissen, ob man dazu Näheres weiß. Herr Radke hatte ja im SR gesagt, dass er sich da auskennt und wollte Informationen zumailen.

Herr Gruber antwortet, dass dieses Programm für die EG nicht zutrifft. Er hat nochmals mit der Investitionsbank gesprochen. dort wurde gesagt, dass für uns die Richtlinie Ela zutrifft.

Herr März spricht zum Breitband die Information der Bürger an. Er möchte etwas zur Information der Bürger wissen (Kosten, Zeitschiene).

Herr Brohm antwortet, dass konkret alle Orte an der Trasse zwischen Tangermünde und Windberge betrifft. Die Trasse liegt dort bereits und man müsste nur die Hausanschlüsse machen. Ziel ist es dieses Jahr in den Verkauf zu gehen. Ab Ende Februar sollen die Gespräche stattfinden. 60 % der Haushalte müssten sich anschließen, damit sich das refinanziert. Spätestens im 2. Halbjahr 2017 sollte dann jeder in diesen Ortschaften Breitband haben.

Frau Gruber spricht von den Erfahrungen in Arneburg-Goldbeck. Da ist man schon einen Schritt weiter. Da ist es so gelaufen, dass die beauftragte Firma Informationsveranstaltungen durchgeführt und auch die Verträge vorgestellt hat. Diese durften dann in der Verwaltung oder bei dem Anbieter abgegeben werden. Diese Firma hat sich auch an öffentliche Punkte (z.B. Märkte) gestellt und hat die Bürger informiert.

Herr Gürnth spricht das Thema Breitband und Elbgemeinden an. Für ihn stellt sich in diesem Zusammenhang mit dem Bau der A 14 die Frage, ob man hier nicht etwas doppelt macht, da die Autobahnen doch mit LTE ausgestattet sind.

Herr Jagolski verneint das und **Herr Brohm** wirft ein, dass es um den Glasfaseranschluss in jedes Haus geht. Es geht jetzt um die Abarbeitung und da baut man zunächst dort wo schon Glasfaserkabel liegen und sucht dann Lösungen für die anderen Orte.

Herr Gürnth stellt dann fest, dass er mit der Antwort zur Parksituation in der Breiten Straße im letzten SR immer noch nicht einverstanden ist. Er möchte, dass das weiter bearbeitet wird.

Weiterhin beschäftigt ihn seit dem Wochenende der Bau des neuen Wohnparks in Tangerhütte. Darüber wäre er gern informiert worden.

Herr Brohm antwortet, dass man im letzten BA darüber gesprochen hat und gibt kurze Erläuterungen.

Herr Jagolski sagt zu dem Nutzungskonzept Kulturhaus, dass vor ca. ½ Jahr der Vorschlag kam, dass man noch einmal eine Arbeitsgruppe bildet, aber da ist bisher noch nichts geschehen.

Herr Brohm antwortet, dass er im letzten Jahr die Kennzahlen vom Kulturhaus vorgestellt hat. Sein Konzept liegt den Stadträten vor. Dort steht auch, dass man das Kulturhaus nicht kommunal betreiben wird. Er war mit dem Bauamt im Landesverwaltungsamt bezüglich der Anträge, die im letzten Jahr gestellt wurden. Dazu erwartet er brieflich Antworten. Er schlägt vor, dass man nach Vorliegen

der Antworten diesen Arbeitskreis wieder aufmacht, weil man dann Fakten hat über die man reden kann und sollte.

Herr Jagolski möchte noch wissen wie der Sachstand der Photovoltaikanlage in Uchtdorf ist.

Herr Gruber antwortet, dass es keine Neuigkeiten gibt.

Herr Jagolski fragt, ob der Split nach dem Streuen wieder aufgefeht wird.

Herr März wirft ein, dafür gibt es eine Straßenreinigungssatzung.

Herr Gruber bestätigt, dass es hierfür die Straßenreinigungssatzung gibt. Die Gemeinde ist hier nicht in der Pflicht.

Weitere Anfragen, Anregungen gibt es nicht.

Herr Jagolski schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:14 Uhr.